



Salzburg, am 14.10.2022

## **Gehaltsverhandlungen für 2023 Öffentlicher Dienst**

Resolution des Erweiterten Landesvorstandes der GÖD Salzburg

**Auf Grundlage der bestehenden Rahmenbedingungen fordert der Erweiterte Landesvorstand Salzburg der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst eine nachhaltige Erhöhung aller Gehälter, Monatsentgelte und Zulagen, um eine dauerhafte Sicherung und Steigerung der Kaufkraft für alle öffentlich Bediensteten sicherzustellen.**

- Die Inflationsrate im Beobachtungszeitraum Oktober 2021 – September 2022 beträgt 6,9 %.
- Das aktuelle (prognostizierte) Wirtschaftswachstum im Beobachtungszeitraum liegt bei 4,8 %.
- Die tatsächliche Teuerung des täglichen Lebens liegt im Beobachtungszeitraum deutlich über der Inflationsrate.
- Enorme Zusatzbelastungen der öffentlich Bediensteten durch die Bewältigung zahlreicher Krisen, insbesondere Pandemie, Klima- und Ukraine Krise sind zusätzlich abzugelten.

Eine Einrechnung anderer gesellschaftspolitischer, sozialpolitischer, wirtschaftspolitischer oder steuerpolitischer Maßnahmen, wie durch Covid-19 bedingt oder durch die überwiegende Beendigung der kalten Steuerprogression, ist strikt abzulehnen. Auch bisher wurden Steuerreformen nicht in Gehaltsabkommen eingerechnet. Wir benötigen Kaufkraftstärkung, somit Sicherung des Einkommens und Sicherung der Bewältigung von allem, was das tägliche Leben einfordert.

**Vor diesen Rahmenbedingungen wird ein Abschluss deutlich über der Inflationsrate, d.h. im Sinne der Zurechnung des Großteils des Wirtschaftswachstums, gefordert.**

Die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst Salzburg erwartet daher die zeitgerechte Aufnahme von Gehaltsverhandlungen, damit das zu erzielende Abkommen mit 1.1.2023 in Kraft treten kann.

